

Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 – Wahlnachtbericht

Benjamin-Immanuel Hoff (Fassung 1.1.)

1. Die Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014 – Ergebnisüberblick	2
1.1. Niedergang der FDP – Entkopplung von Liberalismus und liberaler Partei.....	2
1.2. Aufstieg der AfD – erweiterte Koalitionsoptionen der CDU	3
1.3. Aufstieg der AfD – Nachholender Trend europäischer Nachbarländer	4
1.4. DIE LINKE verfehlt die Wahlziele und könnte dennoch an Einfluss gewinnen.....	5
1.4. Bundespolitische Relevanz bei geringer unmittelbarer Wirkung	7
2. Zusammenfassung des Wahlergebnisses in Thüringen.....	8
2.1. CDU bleibt stärkste Partei Thüringens – auf niedrigem Niveau	8
2.2. DIE LINKE – stark durch Ramelow.....	9
2.3. Die SPD auf historischem Tief.....	10
2.4. Grüne wieder drin.....	11
2.5. Auch in Thüringen außerparlamentarisch – die FDP	11
2.6. Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD).....	12
2.7. Rechtsextreme bleiben draußen	13
2.8. Die Wahlbeteiligung und Wahlberechtigte	13
2. Der Bundesrat nach den Landtagswahlen vom 14. September 2014.....	14
3. Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes.....	15
3.1. Das Parteiensystem in Thüringen bis zur Landtagswahl 2014.....	15
3.2. Der Landtagswahlkampf 2014.....	16
4. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	19
4.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung	19
4.2. Politikerzufriedenheit und Parteizufriedenheit.....	20
4.3. Wichtige Politikfelder und Parteikompetenzen.....	22
4.4. Wahlbefragungen zur CDU	24
4.5. Wahlbefragungen zur SPD.....	24
4.6. Wahlbefragungen zur Linkspartei.....	25
4.7. Wahlbefragungen zur AfD	26
4.7. Wähler/-innenwanderungsbilanz	28
4.8. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht.....	30
Anhang: Linksparteiergebnisse nach Wahlkreisen im Vergleich	31
Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt	33

1. Die Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014 – Ergebnisüberblick

In den drei ostdeutschen Ländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurde im Abstand von zwei Wochen gewählt. In allen Landtagen bleibt die jeweils seit 1990 stärkste Partei unangefochten auf Platz 1. In Sachsen und Thüringen die CDU, in Brandenburg die SPD.

Während in Sachsen die CDU und in Brandenburg die SPD aus dieser Position heraus die nächste Regierung anführen werden und zwischen SPD und Grünen (Sachsen) bzw. CDU und Linkspartei (Brandenburg) wählen können, ist die künftige Regierungsbildung in Thüringen offen. Die CDU unter Christine Lieberknecht könnte dort nur dann weiter regieren, sollten sich DIE LINKE, SPD und Grüne nicht auf die erste rot-rot-grüne Landesregierung verständigen.

Den Thüringer Parteien stehen intensive Sondierungen bevor. Beide verbliebenen Regierungsmöglichkeiten verfügen über nur eine Stimme Mehrheit.

In Brandenburg verfügt die SPD gemeinsam mit der LINKEN oder mit der CDU über eine jeweils komfortable Mehrheit.

Die politischen Lager in Thüringen haben sich nach rechts verschoben. Die drei rot-rot-grünen Parteien erreichen rund 45% vor fünf Jahren waren es 52,4%. Das bürgerliche Lager umfasst mit der AfD bei nunmehr drei Parteien 46,2% gegenüber 38,8% von CDU und FDP im Jahre 2009.

In Brandenburg vereinigten CDU und FDP bei der Landtagswahl 2009 rund 47% der Stimmen, während rot-grün-rot sich auf einen Rückhalt von rund zwei Drittel der Wähler/-innen stützen konnte (65,8%). Nach dieser Landtagswahl vereinigen die Mitte-Rechts-Parteien (ohne NPD) 35,5%, während die rot-grün-roten Parteien von rund 58% der Wähler/-innen gewählt wurden.

In Sachsen lagen CDU und FDP bei der Landtagswahl 2009 mit 50,2% deutlich vor den Mitte-Links-Parteien, die 36,5% erreichten. Das neue bürgerliche Lager aus CDU, AfD und FDP lag bei der Wahl vor zwei Wochen mit einem Wert von knapp 53% weiterhin deutlich vor den rot-rot-grünen Parteien, die 37% erreichen.

Wie sich im Vergleich der drei Wahlen zeigt, kann von einem gesellschaftspolitischen Rechtsruck nicht die Rede sein, doch ebenso wenig stehen bundespolitisch die Weichen auf rot-rot oder rot-grün-rot.

Diese Koalitionsmodelle wären mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert. Scheitern müssten sie daran nicht. Trotz dieses Bundestrends wird immer noch knapp die Hälfte der Länder rot-grün regiert. Auf diesem Polster könnte rot-rot II in Brandenburg und rot-rot-grün I in Thüringen gesellschaftspolitisch aufbauen.

1.1. Niedergang der FDP – Entkopplung von Liberalismus und liberaler Partei

Nach Sachsen verliert die FDP zwei weitere Landtage und ist nunmehr nur noch in fünf Landesparlamenten vertreten. Eine derart geringe Repräsentanz der Partei gab es zuletzt nach den Wahlen der Jahre 1999/2000, als die Partei ebenfalls in 11 der 16 Landtage nicht vertreten war. Damals stellte sie jedoch immerhin Ministerinnen und Minister in drei Landesregierungen und verfügte über eine Bundestagsfraktion. Diese Rahmenbedingungen sind ebenfalls weggefallen.

Das Dilemma der FDP besteht in der Entkopplung zwischen dem normativen Bild, das Bürgerinnen und Bürger von einer liberalen Partei zeichnen und der Sichtweise auf die FDP. Die Niederlagen der FDP sind insoweit keine Momentaufnahme sondern Ausdruck einer langfristigen Entfremdung der Partei und ihrer Wähler/-innenschaft.

Laut dem Institut für Demoskopie sehen zwar 27% der wahlberechtigten Bürger die Existenzberechtigung einer liberalen Partei, doch nur 19% sehen eine Existenzberechtigung der FDP (Hoff 2013).

Die FDP war in den vergangenen Jahren der eigenen Legende aufgesessen, dass die in Wählerstimmen ausgedrückte Zustimmung zur Partei gleichbedeutend sei mit Zustimmung zu ihrem politischen Programm. Für den Kern ihrer Wählerschaft mag dies sicherlich stimmen. Doch ist dieser Kern ersichtlich nicht umfangreich genug, die liberale parlamentarische Existenz abzusichern.

Die weiteren Wählerinnen und Wähler geben der Partei ihre Stimme aus koalitionstaktischen Erwägungen. Bei der Bundestagswahl 2013 nannten 51% der am Wahltag befragten Wähler als Grund, die FDP gewählt zu haben, weil es sich um die bevorzugte Partei handelte. Aus taktischen Erwägungen stimmten 46% der Wähler.

Im Fünfparteiensystem, in dem die Chance »kleinstmöglicher Gewinnkoalitionen«, bestehend aus einer großen und einer kleinen Partei abnimmt, wurde die FDP für die CDU von der Westentaschenreserve zum Risiko. Angesichts einer volatiler werdenden Wähler/innenschaft und absinkenden Zustimmungswerte für die Großparteien bei zunehmender Gefahr von rechts durch die AfD kann sich die Union eine Zweitstimmenkampagne zugunsten der FDP nicht mehr leisten. In Niedersachsen raubte die CDU-Zweitstimmenkampagne zugunsten der FDP der Union die Mehrheitsfähigkeit.

In Sachsen verweigerte die CDU deshalb der FDP den Wunsch nach Unterstützung drastisch und machte auf eigene Rechnung Wahlkampf. Zudem öffnet sie sich anderen Koalitionsoptionen, vor allen den Grünen aber mittelfristig wird sie die AfD in den Blick nehmen.

1.2. Aufstieg der AfD – erweiterte Koalitionsoptionen der CDU

Die Alternative für Deutschland (AfD) hingegen ist nach den ostdeutschen Landtagswahlen in die Nähe der FDP-Parlamentsrepräsentanz gerückt. Sie ist im Europaparlament mit 7 und in drei Landtagen mit 36 Abgeordneten vertreten. Die FDP stellt im Europaparlament nur noch 3 und in 5 Landtagen (BW, HE, NI, NW, SH) mit 55 Mandatsträger/-innen.

Der in kurzem Abstand vollzogene Einzug einer Partei in mehrere Landesparlamente ist, wie u.a. das Beispiel der Piratenpartei aber auch der Republikaner zeigt, eine Möglichkeit aber keine Garantie dauerhaften politischen Erfolgs.

Vieles spricht zwar dafür, dass es der AfD aufgrund sozialer Zusammensetzung und Habitus gelingen könnte, die notorisch schwierige Phase der Parteigründung mit dem überproportional destruktiven Einfluss von Parteienomaden und »Glücksrittern« zu überwinden und sich zumindest für einige Jahre im Parteienspektrum zu verankern.

Es ist gleichwohl noch nicht ausgemacht, ob die AfD eher eine temporäre Erscheinung oder tatsächlich langfristiger Ausdruck einer tektonischen Verschiebung im liberal-konservativen Parteienspektrum, vergleichbar mit den Verschiebungen im Mitte-Links-Lager, die zur Gründung der Grünen und später der LINKEN führten.

Die Annahme, dass die AfD nach den Piraten zeitweiliger Profiteur eines dauerhaft in der Wähler/-innenschaft bestehenden Bedürfnisses nach einer Wahlalternative sei, kann zwar eine gewisse Plausibilität beanspruchen, reicht jedoch zur Erklärung des Phänomens AfD nicht aus.

Sie repräsentiert vielmehr als wertkonservativ-nationalliberale und rechtspopulistische Partei ein politisches Spektrum, das sich im europäischen Ausland bereits seit Jahren in Parteien wie der britischen UKIP, der österreichischen FPÖ bzw. dem BZÖ, der italienischen Lega Nord, den skandinavischen Parteien Wahre Finnen, Dänische Volkspartei bzw. Schwedendemokraten, der schweizerischen SVP, der niederländischen Partei der Freiheit von Geert Wilders sowie dem französischen Front National äußert.

Offen ist, ob und wie diese unterschiedlichen Strömungen sich dauerhaft zu gemeinsamen politischen Inhalten zusammenreifen können. Ebenso welchen Platz die AfD in den europäischen Parteilfamilien einnimmt. Die Fraktionszusammensetzung im Europäischen Parlament ist dafür vermutlich ein nur schwacher Indikator, da diese taktischen Erwägungen unterlagen.

Bislang waren rechtspopulistische Parteien in Deutschland nur temporär und in der Regel auf der Ebene einzelner Bundesländer (Republikaner in Baden-Württemberg und Berlin, Statt-Partei und Schill-Partei in Hamburg) erfolgreich. Die Ursachen dafür sind vielfältig und basieren sowohl auf historisch begründeten Berührungsängsten gegenüber rechtspopulistischen Organisationen sowie organisationspolitisch schwierigen Rahmenbedingungen in Form des Föderalismus, der 5%-Klausel und Anforderungen des Parteien- und Wahlrechtes.

Paul Scheffer erklärte vor rund vier Jahren in der ZEIT (Nr. 44/2010) das Aufkommen des Rechtspopulismus in den Niederlanden damit, dass die gegenwärtige westeuropäische Moderne sich in einem Umbruch befinde, auf den die traditionellen Parteien keine angemessene Antwort kennen würden. Dafür gibt es aus seiner Sicht viele Gründe. *„Einer dürfte sein, dass die klassischen emanzipatorischen Ziele zum größten Teil verwirklicht sind. So wie Ralf Dahrendorf einst vom »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« gesprochen hat, so könnte man auch vom Ende des christdemokratischen oder des liberalen Jahrhunderts sprechen.“*

Scheffer erkennt darin den Schnittpunkt zwischen zwei Entwicklungen: *„Die sozialen und kulturellen Spannungen haben zugenommen, während zugleich die Fähigkeit der klassischen Volksparteien abnimmt, diese Gegensätze zu überbrücken. In gewisser Weise ähneln die gegenwärtigen gesellschaftlichen Turbulenzen jenen der sechziger Jahre – mit einem großen Unterschied: Die damalige Rebellion stand im Zeichen der Suche nach mehr Freiheit, heute ist das Unbehagen vor allem ein Ausdruck der Sehnsucht nach mehr Sicherheit. Der Populismus lässt sich als eine Form des Protektionismus betrachten. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sucht Schutz und Sicherheit. Es herrscht Angst vor dem sozialen Abstieg, eine Angst, die natürlich bei denen am größten ist, die gerade in die untere Mittelklasse aufgestiegen sind. Neben diesem sozialen Konservatismus gibt es einen kulturellen. Dabei geht es um den Erhalt dessen, was als »nationale Identität« betrachtet wird. Die gesamte Rechts-links-Einteilung ist durcheinandergeraten: Ist es links oder rechts, gegen die europäische Verfassung zu stimmen? Schwer zu sagen, denn Befürworter und Gegner gibt es in allen politischen Lagern. Ein anderes Beispiel: Bei einer Erhöhung des Renteneintrittsalters kann es sein, dass rechte Populisten und Gewerkschaften plötzlich auf derselben Seite stehen. Ähnliches gilt für die Einwanderungspolitik. Es gibt zu denken, dass die niederländischen Arbeitgeber über Geert Wilders' Erfolg besorgt sind (und das auch lautstark äußern), während die Gewerkschaften schweigen, weil sie fürchten, Mitglieder zu verlieren.“*

Die wachsenden gesellschaftlichen Gegensätze und die abnehmende Fähigkeit zur Integration bei den traditionellen Parteien verstärken einander. Aus Sicht Scheffers haben die politischen Parteien weder eine gesellschaftlich überzeugende Vorstellung von „Migration als dauerhaftem Teil der Gesellschaft“ noch „eine Vision, in der die europäische Integration als Schutz der nationalen Demokratien funktioniert. Diese Neuerfindung – bei der »Eigenheit« und »Offenheit« auf eine neue Weise miteinander verbunden werden – ist dringend notwendig“, schließt Scheffer sein Plädoyer.

Die Debatte über die AfD wird in den kommenden Wochen und Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Reihe weiterer Sichtweisen und empirisch unteretzter Annahmen hervorbringen. Diese Darstellung kann insoweit nur fragmentarischen Charakter haben.

1.3. Aufstieg der AfD – Nachholender Trend europäischer Nachbarländer

Anders als die SPD im Umgang zunächst mit den Grünen und später der Partei DIE LINKE, sind die Berührungsängste der Union im Hinblick auf die AfD begrenzt. Bereits die Integration der Schill-Partei in das erste Kabinett von Beust in Hamburg war Beweis dessen.

Man mag dies politisch für fahrlässig halten. Doch muss diese Diskussion zunächst vor allem in den Unionsparteien zwischen Konservativen und liberalen Modernisierern, Euro-Skeptikern und EU-Befürwortern über das künftige Profil der Union geführt werden.

Machtpolitisch ist die Offenheit von Teilen der CDU erklärbar: Die Bereitschaft von SPD und Grünen mit der Linken zu regieren hat die Koalitionsoptionen der CDU nicht erhöht. Die AfD als koalitionsunfähig zu behandeln würde die Optionen der CDU, in den Ländern zu regieren, einschränken. Dies zu verhindern ist das Ziel entsprechender Aussagen wie denen des Thüringer CDU-Fraktionschefs Mike Mohring.

An diesem Spannungsverhältnis wird sich auch der Umgang mit der AfD in den ostdeutschen Landesparlamenten entscheiden. Gelingt es im Hinblick auf die NPD – zum Teil auch nur mit Mühe – die CDU auf ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Parteien unter Einschluss der PDS bzw. Linkspartei zu gewinnen, dürfte ein an der NPD orientierter parlamentarischer Umgang von der Union abgelehnt werden.

Auch wenn AfD und NPD, wie am Beispiel des sächsischen Landtagswahlkampfes beobachtet werden konnte, inhaltliche Schnittmengen aufweisen, wird der adäquate Umgang mit dem Rechtspopulismus der AfD eine Herausforderung darstellen. Nicht zuletzt deshalb, weil er eine Türöffnungsfunktion für ähnliche Auffassungen in den Unionsparteien hat. Ein sich gegenseitig verstärkender Wettbewerb zwischen AfD und Union in populistischen Positionen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, Migrant/-innen, moderner Familien- und Geschlechterpolitik oder den Umfang staatlicher Leistungsgewährung dürfte einen nicht zu unterschätzenden destruktiven Einfluss auf die politische Kultur und den öffentlichen Diskurs in Deutschland haben.

1.4. DIE LINKE verfehlt die Wahlziele und könnte dennoch an Einfluss gewinnen

Die Hoffnung der Partei DIE LINKE, aus den drei ostdeutschen Landtagswahlen selbst bei Stimmenverlusten gestärkt hervorzugehen, hat sich nicht erfüllt.

In Sachsen war abzusehen, dass die dortige Linkspartei trotz Verlusten die zweitstärkste politische Kraft und größte Oppositionskraft im Freistaat bleiben würde. Dass es ihr gelingen könnte, Gestaltungsverantwortung in der Landesregierung wahrzunehmen, hatte nach Bundestags- und Europawahlen niemand angenommen (vgl. Wahlbericht zur LTW Sachsen).

DIE LINKE in Brandenburg hat ein Ergebnis von 19% erhalten. Das bedeutet im Vergleich zu 2009 einen Verlust von -8%. Angesichts von Umfragewerten über das Jahr 2014 von durchschnittlich 22,3% war ein solches Absacken nicht zu erwarten, auch wenn sich in den letzten Tagen vor der Wahl bereits ankündigte, dass die Partei nicht nur deutlich hinter ihren Ergebnissen von 2009 zurückbleiben, sondern ggf. ein ähnliches Ergebnis wie in Sachsen zu vergegenwärtigen haben würde.

Doch auch in der langfristigen Betrachtung relativiert sich das märkische Linkspartei-Ergebnis. Bereits unmittelbar nach der Wahlentscheidung von 2009 im Ergebnis der Auseinandersetzungen um die bis dahin unbekannteste Stasi-Vergangenheit von einigen linken Abgeordneten war die Partei in den Umfragen abgerutscht.

Zwischen Frühjahr und Herbst 2010 erzielte sie wieder Ergebnisse um 27%, doch ging es nach diesem Zwischenhoch für DIE LINKE in Brandenburg wie für die Linkspartei in Ostdeutschland insgesamt bergab. In Folge der innerparteilichen Kontroversen des Jahres 2011 (Göttinger Parteitag) verlor die Partei in den Umfragen ihre Position als stärkste Partei in Ostdeutschland und fiel auf Platz 3. Die Wirkungen dessen spürten die wahlkämpfenden Landesverbände in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern 2011.

Seither erhielt die Linkspartei in Brandenburg Umfrageergebnisse von durchschnittlich 22%; bei der Bundestagswahl 2013 erreichte sie 22,4% und bei der diesjährigen Europawahl

19,7%. Stellt man diese Ausgangslage in Rechnung, ist das Ergebnis der Brandenburger LINKEN bitter aber nicht dramatisch.

DIE LINKE in Thüringen kann entgegen dem Parteitrend das Wahlergebnis von 2009 halten. Dies ist dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren geschuldet: Der Präsenz des Spitzenkandidaten Bodo Ramelow, der Glaubhaftigkeit einer tatsächlichen Gestaltungsoption und einem Wahlkampf von SPD und Grünen, bei denen diejenigen Wählerinnen und Wähler, die tatsächlich eine Ablösung der CDU in Thüringen wünschten, nur die Chance hatten, für DIE LINKE zu stimmen, wollten sie sich dessen sicher sein.

Unter diesem Gesichtspunkt bleibt festzuhalten:

- Weder gewinnt DIE LINKE naturgemäß in der Opposition, noch verliert sie gesetzmäßig in Regierungsbeteiligungen – sofern sie tatsächlich regieren will.
- Berlin 2001, Thüringen 2014 sind Beispiele für einen Swing zugunsten der Linken. Den Anspruch, Gestaltungspolitik betreiben zu wollen honorieren Wählerinnen und Wähler – ohne dass daraus eine Garantie erwächst, fünf Jahre später nicht dennoch auch mal eine Niederlage einstecken zu müssen.
- Die Opposition ist kein natürlicher Humus einer erfolgreichen Linkspartei. Nötig für linke Wahlerfolge sind entsprechende Themen, die von links besetzt werden können und zur Mobilisierung führen oder eine Gestaltungsperspektive, wie beispielsweise eine Regierungsbeteiligung. In Sachsen wurden bei der diesjährigen Landtagswahl die Nicht- und Protestwähler/-innen von anderen politischen Formationen »abgeholt« - der AfD. Nicht allein zu Lasten der Linkspartei, sondern aller Parteien. Dies gilt ebenfalls für die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen, bei denen die AfD mit dem Rückenwind des sächsischen Ergebnisses zweistellige Ergebnisse erzielte.
- Das Ergebnis der brandenburgischen Linken 2014 dürfte durchaus mit der verbreiteten Einschätzung bei den Wähler/-innen zusammengehangen haben, die Wahl sei ohnehin schon entschieden, es gehe um nichts mehr. Die faktische Ankündigung des Ministerpräsidenten etwa 14 Tage vor der Wahl, die Koalition mit der LINKEN fortsetzen zu wollen, hat ihren Teil dazu beigetragen.
- DIE LINKE in Brandenburg hat rund 115.000 Stimmen an das Nichtwähler/-innenlager verloren. Der Koalitionspartner SPD seinerseits 85.000 und die CDU ebenfalls 36.000. Allein die AfD konnte 12.000 ehemalige Nichtwähler/-innen hinzugewinnen.
- Dass die Regierungsbeteiligung der Linkspartei also ausschlaggebend für das Wahlergebnis sei, ist zu kurz gegriffen. Die Brandenburger Linke befindet sich diesbezüglich im Geleitzug der Gesamtpartei. Die PDS bzw. Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern verlor bei der Landtagswahl 2002 insgesamt 8 Prozentpunkte und legte 2006 leicht zu. In beiden Fällen war sie an der Regierung beteiligt. Im Jahre 2002 verlor die PDS parallel zur Landtagswahl die Bundestagswahl. In Berlin verlor die PDS bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 insgesamt 9,2 Prozentpunkte und unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Jahres 2011 noch einmal 1,7%.

Eine Fortsetzung der rot-roten Landesregierung in Brandenburg sowie die Bildung einer linksgeführten Regierung in Thüringen wären zweifellos ein wichtiger Entwicklungsschritt in der siebenjährigen Entwicklungsgeschichte des Zusammenschlusses aus PDS und WASG. Nicht weniger aber auch nicht mehr. In Thüringen könnte DIE LINKE zeigen, dass sie nicht nur mitregieren, sondern auch eine Regierung führen kann. Ob dies unter den Bedingungen einer einzigen Stimme Mehrheit möglich ist, werden die kommenden Tage, vielleicht Wochen zeigen.

Bundespolitische Bedeutung käme den beiden Landesregierungen aus sich selbst heraus nicht zu und es täte der Linkspartei in beiden möglichen Regierungen gut, sie nicht mit bundespolitischen Erwartungen zu überfrachten.

Strategisch würden beide möglichen Regierungen in 2016 wirken. Denn die beiden Landtagswahlen im kommenden Jahr in Bremen und Hamburg sind für die parlamentarische Repräsentanz der Partei in den westdeutschen Ländern zwar wichtig aber beide Stadtstaaten gelten als westliche Hochburgen und weniger vakant als Hessen 2013.

In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hingegen, wo im übernächsten Jahr die Landtage neben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz neu bestimmt werden, könnten und sollten aus linker Perspektive Landesregierungen unter Beteiligung oder Führung der Linkspartei Sogwirkung auf die Zusammenarbeit von SPD, Linkspartei und Grünen entfalten. Dennoch ist bei aller Liebe zu parteistategischen Höhenflügen zu konstatieren: Landtagswahlkämpfe werden im Regelfall im betreffenden Land selbst entschieden und Regierungsbeteiligungen in Potsdam und Erfurt sind dabei eine und gemeinhin nicht die entscheidende Variable.

1.4. Bundespolitische Relevanz bei geringer unmittelbarer Wirkung

Bundespolitisch haben die Landtagswahlen wenig bis keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Bundespolitik spielte in den Wahlkämpfen keine Rolle – die Entscheidungen fielen aus landespolitischen Erwägungen. In diese wirkten die Bundestrends jedoch hinein. Die kleineren Koalitionspartner haben wenig Profilierungsmöglichkeit und das Stimmungsspendel in der Wähler/-innen schwingt eher in Richtung Mitte-Rechts als Mitte-Links.

Die drei Landtagswahlen waren also keine Zwischenwahlen, mittels derer bundespolitische Signale gesetzt wurden, indem eine Regierungspartei im Bund gewonnen oder verloren hat bzw. die Opposition profitierte. Die Große Koalition im Bund steht nach den ostdeutschen Landtagswahlen unangefochten da. Allein die SPD kann bis auf eine mögliche neue Regierungsbeteiligung in Sachsen und ein mögliches neues Modell in Thüringen keine Geländegewinne verbuchen.

Wenn die Landtagswahlen ein Stimmungsbild widerspiegeln, dann dass die politischen Lager seit der Bundestagswahl weitgehend unverändert sind. Der CDU ist der »natürliche« Koalitionspartner FDP abhanden gekommen, sie selbst liegt in den Umfragen bei rund 40%. Die SPD verharrt weiterhin im 25%-Turm, DIE LINKE und die Grünen liegen mit einem stabilen Wert von um die 9% weit abgeschlagen zurück.

Die Etablierung der AfD in drei ostdeutschen Ländern wird freilich ihre Wirkung hinterlassen und insbesondere die Union politisch unter Druck setzen. In dieser Hinsicht könnte die bundespolitische Relevanz insbesondere dann entfalten, wenn die AfD im kommenden Jahr in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die gemeinhin für eine wahlpolitische Überraschung gut sind, reüssieren sollte.

Im Bundesrat hätte nur für den Fall, dass in Sachsen und in Brandenburg neue Koalitionen aus CDU und SPD gebildet würden und die CDU in Thüringen weiterhin mit der SPD regierte, die Große Koalition eine absolute Mehrheit.

»Durchregieren« könnte sie erfahrungsgemäß dennoch nicht. Davor stehen in der Regel noch immer die Einzelinteressen der Länder in ihrer Vielfalt von Ost und West, Stadtstaat und Flächenland sowie Geber- und Nehmerstatus im Länderfinanzausgleich.

2. Zusammenfassung des Wahlergebnisses in Thüringen

Tabelle 1: Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl Thüringen 2014 (Zweitstimmen)

	Landtagswahl 2014			Landtagswahl 2009			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	1.812.249		91	1.901.074		88	-88.825		3
Wähler_innen	954.963	52,7		1.073.651	56,2		-118.688	-3,5	
Gültige Stimmen	941.692			1.054.297			-112.605		
CDU	315.096	33,5	34	329.302	31,2	30	-14.206	2,3	4
LINKE	265.425	28,2	28	288.915	27,4	27	-23.490	0,6	1
SPD	116.889	12,4	12	195.363	18,5	18	-78.474	-6,1	-6
FDP	23.352	2,5	-	80.600	7,6	7	-57.248	-7,6	-7
Grüne	53.395	5,7	6	64.912	6,2	6	-11.517	-0,5	+0
NPD*	34.018	3,6	-	45.451	4,3	-	-11.433	-0,7	-
AfD	99.548	10,6	11	-	-	-	99.548	10,6	11
Sonstige	33.969	3,6	-	49.754	5,1	-	-15.785	2,1	-

Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Darstellung.

2.1. CDU bleibt stärkste Partei Thüringens – auf niedrigem Niveau

Erwartungsgemäß bleibt die **CDU** stärkste Partei Thüringens gefolgt von der Partei DIE LINKE. Während der Abstand zwischen erst- und zweitplatzierte Partei in Thüringen nur ca. 5% beträgt, liegt er in Brandenburg bei 9% und Sachsen bei 20,5%.

Dies mag nicht verwundern, denn die Thüringer CDU war stets weniger unangefochten dominant als es die sächsische Union oder die märkische SPD war.

Nachdem sie bei der vergangenen Landtagswahl auf den historischen Tiefstand fiel, kann sie gegenüber 2009 auf 33,5% zulegen (+2,3%). Verglichen mit den Ergebnissen aus den Wahlen seit 1990 ist dies dennoch ein extrem niedriger Wert.

Gegenüber ihrem besten Landtagswahlergebnis (1999), als sie 51% erreichte, büßt sie rund 18 Prozentpunkte ein. Gegenüber der Landtagswahl 2009 verliert sie rund 14.200 Stimmen.

Sie gewinnt erneut die Mehrheit aller Wahlkreise (34 von 44). Ihre Hochburgen liegen wiederum vor allem im katholischen Eichsfeld und dem ländlichen Raum insgesamt. Sie gewinnt in Erfurt 1 von 4 Wahlkreisen, muss aber in den weiteren drei Wahlkreisen Erfurts der Linkspartei den Vortritt lassen, ebenso in Jena, Suhl und Gera. Das Gothaer Direktmandat geht an die SPD.

In Erfurt III gewinnt mit Marion Walsmann diejenige ehemalige Staatskanzleichefin ein Direktmandat, die in der Affäre um die Versorgung des vormaligen Regierungssprechers Zimmermann aktenkundig Widerspruch einlegte und später entlassen und bei der Listenaufstellung zu dieser Landtagswahl auf einen hinteren Listenplatz verbannt wurde.

Ein Regierungsbündnis aus CDU und SPD, das nur eine Stimme Mehrheit hat, dürfte angesichts der chronischen Konflikte zwischen Fraktionschef Mohring einerseits und Ministerpräsidentin Lieberknecht sowie Bauminister Carius andererseits bereits labil genug sein. Unions-Abgeordnete, die noch ersichtlich offene Rechnungen zu begleichen haben, sind mit Sicherheit kein Stabilitätsanker eines möglichen schwarz-roten Bündnisses. Im Oktober 2009 benötigte Lieberknecht bereits drei Wahlgänge, um Ministerpräsidentin zu werden.

2.2. DIE LINKE – stark durch Ramelow

Die Thüringer Linkspartei hat mit mehr als 28% ihr bestes Stimmenergebnis bei einer Landtagswahl erreicht. Zum fünften Mal in Folge steigerte sie ihr Ergebnis – gegenüber der ersten Landtagswahl 1990 hat sie ihr Ergebnis verdreifacht.

Obwohl sie genauso wie der sächsische Landesverband einen Wahlkampf aus der Opposition heraus führte, sind die Thüringer Ergebnisse weder mit denen in Sachsen noch mit denen in Brandenburg zu vergleichen.

Bei gesunkener Wahlbeteiligung legt die Thüringer Linkspartei prozentual zu. Absolut verliert sie freilich rund 23.500 Stimmen.

Bei der Bundestagswahl 2013 sank DIE LINKE insgesamt betrachtet unter das Niveau von 2009 zurück auf das Niveau der Bundestagswahl 2005. Diese Entwicklung vollzogen landespolitisch auch DIE LINKE in Sachsen und Brandenburg nach, die beide jeweils das Stimmenniveau der Wahlen von 2009 nicht halten konnten, als die politische Stimmungslage DIE LINKE stark begünstigte.

DIE LINKE in Thüringen profitierte vor fünf Jahren sowohl von den bundespolitisch günstigen Rahmenbedingungen als auch der gegen die CDU und insbesondere Dieter Althaus gerichteten Wechselstimmung im Land (vgl. Wahnachtbericht Thüringen 2009).

Es gab im Land zwar keine wahrnehmbare Wechselstimmung doch angesichts der Tatsache, dass keine andere Partei so erkennbar mit einem Regierungswechsel verbunden wurde, konnte DIE LINKE diejenigen Wähler/-innen an sich binden, die einen Wechsel tatsächlich wollten. Der Zweikampf zwischen dem Herausforderer Bodo Ramelow und der amtierenden Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sorgte dafür, dass DIE LINKE so gut abschnitt. Das Stimmenergebnis 2014 ist insoweit sowohl Ramelow-Ergebnis, als auch Gestaltungsauftrag.

Ein Gestaltungsauftrag, der im Übrigen auch seitens der SPD- und Grünen-Wähler/-innen ausgesprochen wurde: 27.000 ehemalige Wähler/-innen der SPD wechselten zur Linkspartei, weitere 6.000 kamen von den Grünen.

Obwohl DIE LINKE insgesamt 38.000 Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen erhält, muss sie 30.000 Stimmen abgeben, davon 16.000 an die AfD und 3.000 an andere Parteien. Weitere 11.000 Wähler/-innen von 2009 sind diesmal zu Hause geblieben.

Dass die AfD in Thüringen ebenso wie in Brandenburg und Sachsen in relevantem Maße Stimmen aus dem Lager der Linkspartei erhält, mag nur auf den ersten Blick verwundern. Dass mit der AfD erst vergleichsweise spät eine rechtspopulistische Partei in die bundesdeutsche Parteien-Arena eintrat, lag nicht zuletzt darin begründet, dass die Gründung der Linkspartei und die sich in ihr kanalisierende Thematisierung der sozialen Fragen eine Hürde für rechtspopulistische Parteigründungsversuche darstellte. Die »Etablierung« der Linkspartei und der Wandel politischer Themen führt dazu, dass sich die Bindungen zwischen der Linkspartei und demjenigen Wähler/-innenspektrum löst, das parteipolitisch fluid diejenige Formation präferiert, die am stärksten gegen den Strich aller anderen Parteien bürstet.

Konnte DIE LINKE bei der Landtagswahl 2009 insgesamt 14 Wahlkreise direkt gewinnen (vgl. Tab. 2), muss sie bei der diesjährigen Landtagswahl einige wieder an die CDU abgeben. Darunter auch den Wahlkreis 22, Ilm-Kreis I, in dem die heutige Landrätin Petra Enders damals das höchste Erststimmenergebnis der Linkspartei errang. Mit 40,7% erreicht bei dieser Wahl Ina Leukefeld in Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV das höchste Erststimmenergebnis der Linken und übertrifft noch das Ergebnis von Petra Enders aus 2009.

Abgeben muss DIE LINKE neben dem Wahlkreis 22 noch die Wahlkreise 06, 13 und 18. Obwohl sich die Partei mit der Kandidatin Christiane Leischner im Wahlkreis 06 prozentual

und in absoluten Stimmen steigern kann, reicht es am Ende deutlich nicht gegenüber einer wieder stärker gewordenen CDU.

Tabelle 2: Gewonnene Wahlkreise der Linkspartei 2009 und 2014 im Vergleich

Wahlkreis Nr.	Landtagswahl 2009		Landtagswahl 2014		Gewählt
	Stimmen	%	Stimmen	%	
03 – Nordhausen II	5.555	30,1	5.192	32,9	Katja Mitteldorf
06 – Wartburgkreis II / Eisenach	7.762	28,4	8.292	33,6	-
13 – Schmalk.-Meiningen II	7.238	27,6	5.947	26,5	-
18 – Hildburghausen I	6.899	35,1	6.123	30,3	-
21 – Suhl/Schmalk-Meiningen IV	9.760	39,4	8.678	40,7	Ina Leukefeld
22 – Ilm-Kreis I	10.571	40,0	8.604	36,4	-
24 – Erfurt I	5.519	30,2	5.909	36,8	Karola Stange
25 – Erfurt II	7.936	28,8	8.204	31,0	Susanne Hennig-W.
26 – Erfurt III	7.395	26,8	8.616	31,5	-
27 – Erfurt IV	7.146	32,9	7.214	37,1	André Blechschmidt
32 – Weimar II	8.466	28,4	7.104	28,3	-
34 – Saale-Orla-Kreis II	6.123	30,1	5.740	31,9	-
37 – Jena I	7.076	24,0	8.329	29,7	Thorsten Wolf
38 – Jena II	5.740	28,9	6.464	34,3	Gudrun Lukin
41 – Gera I	8.648	36,2	7.048	34,5	Margit Jung
42 – Gera II	8.118	39,6	7.106	41,2	Dieter Hausold

Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Darstellung.

Ebenfalls verloren gehen die Wahlkreise 32 und 34. Im WK Saale-Orla-Kreis II legt die Partei zwar prozentual zu, gibt aber in absoluten Stimmen nach.

Den Wahlkreis 26 Erfurt III, der 2009 mit 34 Stimmen Vorsprung denkbar knapp durch Spitzenmann Bodo Ramelow gewonnen wurde, verliert er gegen die ehemalige Chefin der Staatskanzlei und Stimmenkönigin der CDU bei der Kommunalwahl 2014, Marion Walsmann trotz einem absoluten Stimmenzuwachs gegenüber 2009 von 1.221 Stimmen mit einem Rückstand von 623 Stimmen.

2.3. Die SPD auf historischem Tief

Die **SPD** in Thüringen erreicht wie der sächsische Landesverband der Partei 12,4%. Was in Sachsen eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau darstellte, ist in Thüringen der historische Tiefpunkt.

Bei der ersten Landtagswahl 1990 lag die SPD mit 22,8% zwar weit abgeschlagen hinter der CDU aber deutlich vor PDS, FDP und Grünen, die zusammen auf 25,5% kamen. Bei der Wahl 1994 konnte sie sich auf 29,6% steigern und hätte im Drei-Parteienparlament mit der PDS eine rechnerische Mehrheit bilden können.

Nach fünf Jahren Großer Koalition rutschte sie um 11,1% auf 18,5% ab. Im Zuge der Hartz-IV-Proteste 2004 unterschritt sie diesen Wert noch einmal und kam auf 14,5%, bevor sie sich bei der Landtagswahl 2009 wieder auf 18,5 berappelte und erneut ein Bündnis mit der CDU einging.

Nachdem die erste Regierungsbeteiligung mit der CDU einen historischen Einbruch in der Wählergunst und den Verlust des zweiten Platzes im Thüringer Parteiensystem zur Folge

hatte, steht die Partei auch nach dem zweiten Bündnis mit der CDU dramatisch geschwächt dar.

Die Partei verliert, mit Ausnahme der FDP, an alle politischen Lager, darunter am stärksten an DIE LINKE (27.000 Stimmen), sowie jeweils 12.000 Stimmen an die AfD und die Nichtwähler/-innen.

In Gotha gelingt es der SPD erneut, den Direktwahlkreis zu erobern. Den Wahlkreis Jena I, den der damalige Spitzenkandidat Christoph Matschie 2009 mit einem Vorsprung von 851 Stimmen knapp eroberte, muss die SPD an die Linkspartei abgeben. Mit einem Abstand von 3.920 Stimmen auf den Erstplatzierten, liegt die SPD bei dieser Wahl auf Platz 3.

2.4. Grüne wieder drin

Den **Grünen** gelingt zum ersten Mal in Folge der Einzug in den Landtag. Trotz Stimmenverlusten und entgegen mancher Befürchtung in den letzten zwei Wahlkampfwochen halten sie ihre Mandatszahl und könnten bei erfolgreichen Sondierungen mit SPD und Linkspartei erstmals Teil einer Regierungskoalition im Freistaat werden.

Die grüne Wahlstrategie der Äquidistanz zur CDU auf der einen und SPD sowie Linkspartei auf der anderen Seite hat sich für die Grünen in zweifacher Hinsicht nicht ausgezahlt. Sorge am Beginn des Wahlkampfes ein großes Interview in der ZEIT zwischen der Spitzenkandidatin Anja Siegesmund mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring sowie flankierende Äußerungen für den Eindruck schwarz-grüner Präferenz ohne ausreichende Rückendeckung in der Landespartei, verstärkten sich zum Ende des Wahlkampfes Signale in Richtung Rot-Rot-Grün, wobei die Partei immer wieder gegensätzliche Aussagen darüber tätigte, ob sie in eine Koalition mit SPD und LINKEN auch dann eintreten würde, sollte sie am Ende nicht gebraucht werden. Diese Entscheidung haben die Wähler/-innen den Grünen nun abgenommen.

Die Grünen erhalten 5.000 Stimmen von der SPD – möglicherweise aus Enttäuschung über die ambivalente Haltung der Sozialdemokraten in der Frage des politischen Wechsels - müssen aber 4.000 Stimmen an DIE LINKE abgeben. Weitere 8.000 Wähler/-innen wandern entweder zu anderen Parteien (-3.000) bzw. zur AfD (-1.000) ab oder gehen gar nicht zur Wahl (-4.000).

Die Hochburgen der Partei liegen in Jena, wo sie zwischen 11,4% und 15,3% erhält, also zwei bis dreimal so viel wie im Landesschnitt. Ebenfalls zweistellig ist sie in den Wahlkreisen Erfurt III (13,3%) und Erfurt II (11,1%).

2.5. Auch in Thüringen außerparlamentarisch – die FDP

Die **FDP** verliert in Thüringen erneut nach nur einer Wahlperiode die parlamentarische Repräsentanz. Zwanzig Jahre nachdem die Liberalen erstmals aus dem Landtag gewählt wurden, sind sie nun wieder außerparlamentarisch. Ob die parlamentarische Abstinenz wieder fünfzehn Jahre dauert, oder ob die Partei überhaupt wieder in den Landtag einziehen kann, wird sich zeigen.

Denn das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag beruht nicht allein auf der Stärke der AfD. Das Wahlverhalten der ehemaligen FDP zeigt in Richtung Abkehr von Politik und Wahlen, in Richtung nationalliberale und –konservative Wahlentscheidung (AfD, Union) und in Richtung sozial-liberale Wahlentscheidung.

Wie eine Rückkehr der FDP als liberale Partei aussehen könnte, ist unklarer denn je. Sie scheint nicht mehr gebraucht zu werden.

2.6. Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD ist neben Brandenburg auch in den Thüringer Landtag eingezogen. Entgegen der Prognosen, die ihr zuletzt ein Ergebnis von ca. 7% voraussagten, hat sie mit 10,6 das bisher beste Ergebnis erreicht.

Mit 11 Mandaten ist sie stärker als die FDP in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode. Anders als die Partei in Sachsen verfügt sie in Thüringen weder über zumindest einigermaßen bekanntes Spitzenpersonal oder eine organisatorische Ausgangsbasis.

Sie nimmt einerseits die Funktion der »Denkzettel«- und Protestwähler-Partei ein, zeigt aber andererseits auch ein hohes Maß an überzeugten Wähler_innen aus dem wertkonservativen und rechten Wählerspektrum. Sie ist die eigentliche Wahlsiegerin.

Der Wahlkampf der AfD war erkennbar darauf angelegt, Protestwähler/-innen ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD.

In Übereinstimmung mit Alexander Häusler (2014) lässt sich festhalten: Die AfD ist „geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch affinem Milieu. Es gibt eine auffällige inhaltliche Zustimmung aus Parteikreisen zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Ein besonders Feindbild der AfD ist die so genannte Politische Korrektheit – die These, dass Medien und Politik vom angeblichen Diktat einer linksgestrickten ‚political correctness‘ beherrscht seien.“

Die Wähler/-innenschaft der AfD dürfte sich bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saßen.

In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.

In 26 der 44 Landtagswahlkreise erreicht die AfD zweistellige Listenstimmenergebnisse. Ihre fünf besten Wahlkreise sind:

1. Ilm-Kreis II (23): 15,2%
2. Saale-Holzland-Kreis II (36): 14,2%
3. Greiz I (39): 14,0%
4. Gera I (41): 13,9%
5. Gera II (42): 13,6%

Anders als in Sachsen lassen sich in Thüringen nach cursorischer Prüfung keine unmittelbaren Zusammenhänge zwischen hohen Stimmenergebnissen für die AfD und die NPD erkennen.

Die AfD kann Stimmen aus allen politischen Spektren gewinnen. Die höchste Wählerwanderung erfolgt von den anderen Parteien (23.000), deren Wähler/-innen sich davon einen realen Stimmenerfolg erhoffen. Von der CDU wechseln 18.000 Wähler/-innen zu AfD, gefolgt von der Linkspartei (16.000) und jeweils 12.000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innen-Spektrum und von der SPD. Von der FDP wandern 11.000 Wähler/-innen ab und damit der prozentual höchste Anteil aus allen Parteien, gemessen an der Gesamtstimmenzahl der jeweiligen Partei.

2.7. Rechtsextreme bleiben draußen

Der Thüringer Landtag ist das einzige ostdeutsche Landesparlament, in dem seit 1990 keine rechtsextreme Partei vertreten war. Dies bleibt auch nach der diesjährigen Landtagswahl so.

Die **NPD** scheiterte mit 3,6% klar an der 5%-Hürde. Sie verliert 11.000 Stimmen von denen ein relevanter Teil an die AfD gegangen sein dürfte.

Während sie bei den Wähler/-innen über 70 Jahren auf einen Anteil von 1% kommt, stimmen 10% der Erstwähler/-innen für die NPD.

2.8. Die Wahlbeteiligung und Wahlberechtigte

Die Wahlbeteiligung erreichte bei dieser Landtagswahl mit 52,7% ihren historischen Tiefstand, liegt aber wahrnehmbar höher als in Sachsen oder Brandenburg. Gegenüber der ersten Landtagswahl nahm sie um 19 Prozentpunkte und gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl um 3,5 Prozentpunkte ab.

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber der LTW 2009 um 88.825 Personen reduziert.

Wird das Ergebnis für die Parteien Thüringens auf die Wahlberechtigten umgerechnet, erreicht die »Partei der Nichtwähler/-innen« mit 47% die absolute Mehrheit. Die CDU kommt auf 17%, DIE LINKE auf 14%, die SPD auf 6%, die AfD auf 5%, die Grünen auf 3% und die FDP auf 1%.

Anders als in Sachsen oder Brandenburg war der Wahlausgang nicht gänzlich absehbar – es bestand und besteht die Alternative zwischen einer CDU- und einer linksgeführten Regierung. Die Aussicht, mit dem eigenen Stimmverhalten zur Entscheidungsfindung beitragen zu können, dürfte sicherlich dazu geführt haben, dass sich Thüringen in der Wahlbeteiligung von den beiden anderen ostdeutschen Ländern, in denen gewählt wurde, abhebt.

Ob die Wahlbeteiligung höher gewesen wäre, wenn alle Mitte-Links-Parteien mit einer fokussierten Wahlaussage ihre Wähler/-innenschaft mobilisiert hätten, kann angenommen werden, ist aber in den Bereich der Spekulation zu verweisen. Infratest dimap hat einige Daten zu den Gründen für die Nichtwahl erhoben (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Gründe für die Nichtwahl in Thüringen 2014

Nichtwähler: Warum sind Sie nicht zur Wahl gegangen?	in %
Politiker verfolgen nur eigene Interessen	83
Es gibt zwar viele Parteien aber keine, die etwas verändert	77
Derzeit vertritt keine Partei meine Interessen	60
Bürger können bei Wahlen mit ihrer Stimme nichts bewirken	59
Die Parteien sind inhaltlich nicht zu unterscheiden	40

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aktuellethemen.shtml> / Eigene Darstellung

2. Der Bundesrat nach den Landtagswahlen vom 14. September 2014

In der Länderkammer kann sich die auf Bundesebene regierende Große Koalition aus Union und SPD derzeit auf 27 von 69 Stimmen stützen, sofern die beiden Länder mit absoluter Mehrheit von CSU (Bayern) und SPD (Hamburg) zu diesem Block gerechnet werden. Ohne diese beiden Länder verfügt die Große Koalition über 18 Länderstimmen.

Länder mit Regierungen aus SPD und Grünen umfassen 25 Stimmen, zählt man Schleswig-Holstein mit dem Koalitionspartner SSW hinzu, sind es 29 Stimmen. Zuzüglich des rot-rot regierten Brandenburg kommt dieser Block auf 33 Stimmen.

Ob die Ländergruppe mit Großen Koalitionen durch ein schwarz-rotes Regierungsbündnis in Dresden gestärkt wird oder die hessische schwarz-grüne Koalition Zuwachs erhält, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Die Landtagswahl in Brandenburg könnte den Block der Großen Koalitionen stärken oder die Stimmen verbleiben im rot-grün-roten »Lager«, das nach der Thüringer Landtagswahl durch ein Bündnis aus LINKEN, SPD und Grünen gestärkt werden könnte, in dem die

Tabelle 4: Bundesratszusammensetzung bis zur LTW Thüringen und Brandenburg 2014

Land	Stimmen	GroKo	Union allein	CDU + Grüne	SPD allein	SPD + Grüne	SPD + LINKE	LINKE + SPD + Grüne	SPD + Grüne +SSW
BAW	6					6			
BAY	6		6						
BLN	4	4							
BRB	4	④					④		
HB	3					3			
HH	3				3				
HES	5			5					
MVP	3	3							
NDS	6					6			
NRW	6					6			
RLP	4					4			
SRL	3	3							
SAC	4	④		④					
SAN	4	4							
SWH	4								4
THÜ	4	④						④	
Gesamt	69	14-22	6	5-9	3	25	4	0-4	4

3. Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes

3.1. Das Parteiensystem in Thüringen bis zur Landtagswahl 2014

Im Unterschied zur Selbstbeschreibung der Thüringer CDU, wonach der Freistaat in christdemokratischer Hegemonie mit Sachsen und Bayern vergleichbar sei, war die Partei seit der Wiedergründung Thüringens 1990 von einer strukturellen Mehrheit weit entfernt (Hallermann 2008).

Gleichwohl gelang es ihr bisher ununterbrochen als stärkste und zeitweise allein regierende Partei, die Geschicke des Landes zu bestimmen. Eine bis heute anhaltende Prägung entfaltete der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Bernhard Vogel, der Thüringen zwischen 1992 und 2003 regierte. Unter seiner Ägide erreichte die CDU bei der Landtagswahl 1999 ihr höchstes Landesstimmen-Ergebnis mit 51%.

Vogels Nachfolger Dieter Althaus verteidigte bei der Landtagswahl 2004 zwar die absolute Mehrheit, doch verlor die Union erheblich. Sie rutschte sie auf 43% der Stimmen ab – leicht oberhalb des Wertes von 1994 (42,6%). Da aber 16,4% der abgegebenen Stimmen auf Parteien entfielen, die den Einzug in den Landtag nicht schafften, konnte die CDU mit 45 von 88 Landtagsitzen unter Althaus weiterhin allein regieren.

Die 5. Landtagswahl brachte 2009 die dritte Koalition im Land. Mit einem Ergebnis von 31,2% war die CDU deutlich gerupft worden. Ursache dieses Ergebnisses waren die verschiedenen Skandale um Dieter Althaus, insbesondere aber seine in Folge eines Ski-Unfalls stark angeschlagene Reputation.

Obwohl im Landtag, in dem erstmals seit 1994 wieder fünf Parteien vertreten waren, sowohl DIE LINKE, SPD und Grüne über eine deutliche als auch SPD und Linkspartei über eine knappe rechnerische Mehrheit verfügten, entschied sich die SPD nach komplizierten Sondierungen für ein Bündnis mit der Union.

Das notorisch angespannte Klima zwischen beiden Parteien in Folge der Hartz-Reformen, der Gründung der Linkspartei aus WASG und PDS mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden als Linkspartei-Chef und Fraktionsvorsitzendem im Bundestag sowie die heikle Frage, ob DIE LINKE in einem Regierungsbündnis mit der SPD den Regierungschef stellen dürfte, vereinfachte die Sondierungsgespräche 2009 nicht – im Gegenteil. Im Endeffekt scheiterte der erste ernsthafte Versuch, die CDU in Thüringen abzulösen an der Unfähigkeit aller drei Parteien, das für ein solches Vorhaben erforderliche Maß an Toleranz gegenüber den Positionen der Parteien und Vertrauen in die Personen, mit denen man im Parteienwettbewerb konkurriert, in einer Regierung aber kooperieren soll.

Alternativen zur CDU-Regierung wären rechnerisch bereits Mitte der 1990er Jahre möglich gewesen. Doch während die SPD in Sachsen-Anhalt mit dem »Magdeburger Modell« die PDS in eine Minderheitsregierung als Tolerierungspartner einband, ließen SPD (29,6%) und PDS (16,6%) die Gelegenheit ungenutzt, die CDU von der Macht abzulösen. Obwohl beide Parteien im Drei-Parteien-Landtag rechnerisch deutlich stärker als die CDU (42,6%) waren, trat die SPD als kleinerer Koalitionspartner in eine Koalition mit der CDU ein.

Fünf Jahre später hatte die SPD 11% verloren, die PDS rund 5% hinzugewonnen und sich das Stimmenverhältnis beider Parteien umgekehrt. Die PDS lag vor der SPD – ein Verhältnis, das sich bei den nachfolgenden Landtagswahlen bis heute nicht mehr ändern sollte und zu oben beschriebenen Problemen zwischen den Parteien beitrug.

Dass FDP und Grüne 2009 wieder in den Landtag einziehen konnten, war zwei verschiedenen Ursachen geschuldet. Die FDP profitierte in allen zu dieser Zeit stattfindenden Wahlen vom Bundestrend und bei der Thüringer Landtagswahl von 27.000 ehemaligen CDU-Wähler/-innen.

Anders als bei den Grünen basierten diese Stimmengewinne jedoch nicht auf einer soliden strukturellen Verankerung. Der FDP gelang es in den vergangenen 20 Jahren nur zweimal (1994 und 2009) landesweit mehr als 5% zu erreichen. Mit 3,4% erzielten die Liberalen bei der jüngsten Kommunalwahl das landesweit schlechteste Ergebnis seit Gründung des Freistaates. Kein gutes Omen für die anstehenden Landtagswahlen.

Die Grünen haben in den vergangenen 20 Jahren in den Thüringer Großstädten entlang der A7, insbesondere in Erfurt, Weimar und Jena aber auch in Eisenach und anderen kleineren Städten. Aus diesem Potenzial schöpft die Partei die Kraft für Wahlergebnisse um die 5-6%.

Bei der aktuellen Kommunalwahl sowie 1994 lagen die Grünen landesweit bei 5% oder mehr. Ihr durchschnittlicher Wert bei Thüringer Kommunalwahlen seit 1990 liegt bei 4,4%.

Bei kommunalen und landespolitischen Wahlen ist die CDU seit 1994 die mit Abstand stärkste Partei, während DIE LINKE seit der Landtagswahl 1999 und der Kommunalwahl 2004 den zweiten Platz im Parteiensystem Thüringens innehat.

Sowohl 1994 als auch 1999 lag die SPD mit einem Abstand von 10,4% bzw. 6,5% vor der damaligen PDS, wurde jedoch bei der Kommunalwahl 2004 mit einem Abstand von 9% auf Rang 3 verwiesen. Fünf Jahre später verringerte die SPD diesen Abstand auf nur noch 0,4%, fiel bei der aktuellen Kommunalwahl jedoch wieder auf eine Differenz von 3,6% zurück.

Mit Stimmenergebnissen von durchschnittlich 41,1% in den vergangenen fünf Kommunalwahlen erreichten PDS bzw. DIE LINKE und die SPD gemeinsam entweder fast die gleichen prozentualen Stimmenanteile wie die CDU (2004 und 2009) oder lagen zwischen 5% und 8% vor der CDU. Ähnliche Werte erreichten beide Parteien gemeinsam auch bei Landtagswahlen.

Gleichwohl kann die CDU als große Kommunalpartei bezeichnet werden, während DIE LINKE und die SPD den Status von kommunalen Mittelparteien einnehmen. Bei Landtagswahlen hat sich das Verhältnis zwischen CDU und Linkspartei hingegen angenähert. Beide Parteien sind die großen Player im Land, während sich der Abstand zwischen SPD und Linkspartei entkoppelt. Die SPD ist eine Mittelpartei, gefolgt von Grünen und bislang der FDP.

Obwohl in Thüringen bislang keiner Partei rechts von der CDU – anders als in den ostdeutschen Landtagen mit Ausnahme Berlins – der Einzug in das Landesparlament gelang, sind rechtsextreme Parteien im Freistaat auf kommunaler Ebene vertreten. Bei der diesjährigen Kommunalwahl konnte die NPD insgesamt 56 Sitze in Kommunalvertretungen erringen. Das rechte Bündnis Zukunft Hildburghausen erlangte zwei Mandate.

3.2. Der Landtagswahlkampf 2014

Vergleicht man die Ausgangslage des Thüringer Landtagswahlkampfes mit der Situation vor fünf Jahren, werden gewichtige Unterschiede und Ambivalenzen deutlich.

Bei der Landtagswahl 2009 standen drei Mitte-Links-Oppositionsparteien einer alleinregierenden CDU gegenüber, deren schwer angeschlagener Spitzenkandidat als Ministerpräsident ersichtlich nicht mehr haltbar war.

Obwohl die drei Parteien ersichtlich miteinander über die Frage rangen, ob eine Ablösung der CDU gemeinsam möglich sei, war die Regierungsalternative CDU hier und Rot-Rot-Grün dort klar.

Die FDP sammelte diejenigen Wähler/-innen ein, die im bürgerlichen Lager verbleibend, der SPD ihre Stimme nicht geben wollten.

Im diesjährigen Landtagswahlkampf präsentierten die Parteien multiple Optionen. CDU und Grüne hielten ein gemeinsames Bündnis für möglich – sofern es rechnerisch möglich war. Die Grünen waren jedoch auch bereit mit LINKEN und SPD zu regieren, während die SPD

sowohl eine Fortsetzung des Bündnisses mit der CDU erwog, als auch Offenheit für ein Bündnis mit der LINKEN oder gemeinsam zu dritt mit den Grünen.

Wenn auch aus rein taktischen Gründen – mit dem Ziel, eine Mehrheit gegen die CDU zu blockieren – brachte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring in den letzten zwei Wochen vor der Wahl noch die AfD als mögliche Koalitionsoption ins Gespräch. Dass er kurze Zeit später einem Parteibeschluss gegen eine Koalition mit der AfD zustimmte, änderte an der Sachlage nichts mehr.

DIE LINKE war insoweit die einzige Partei, die eine klare Alternative anbot: Die Bereitschaft, die CDU abzulösen. Am liebsten mit SPD und Grünen oder mit der SPD allein. Von dieser Botschaft rückten weder die Partei noch der Spitzenkandidat ab.

Tabelle 5: Werte der Parteien in den Thüringer Sonntagsfragen

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
FGW	11.09.14	36	16	5,5	-	26	8	8,5
Infratest dimap	04.09.14	34	16	5	3	28	7	7
FGW	04.09.14	36	16	6	-	26	8	8
INSA	08.08.14	34	19	6	4	26	5	6
Infratest dimap	15.07.14	36	19	6	2	27	4	6
INSA	05.07.14	33	18	6	2	25	7	8
Infratest dimap	14.05.14	36	19	5	2	28	4	6
Infratest dimap	14.03.14	38	17	6	2	28	5	4
INSA	20.02.14	35	20	5	3	25	5	7
Aproxima	28.01.14	27	22	11	3	28	3	6
INSA	27.12.13	35	18	7	2	27	5	-
INSA	09.11.13	36	14	6	2	27	6	-
Emnid	05.11.13	39	17	5	1	26	7	5
Infratest dimap	20.08.13	43	20	7	2	20	-	8
Infratest dimap	05.07.13	41	20	8	3	21	-	7

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> / Eigene Darstellung.

Spätestens als sich zeigte, dass es für ein schwarz-grünes Bündnis nicht mehr reichen würde, konzentrierte sich die öffentliche Wahrnehmung allein auf den Zweikampf zwischen Ministerpräsidentin Lieberknecht auf der einen und dem Herausforderer Bodo Ramelow auf der anderen Seite.

In dieser Zuspitzung gelang es SPD und Grünen nur noch eingeschränkt eigenständig wahrnehmbar zu sein. Durch die wahlstrategische Festlegung, sich nicht auf ein Regierungsbündnis festzulegen, konnte bei beiden Parteien der Eindruck entstehen, Steigbügelhalter einer Koalition zu sein, deren Zusammensetzung beliebig ist und in der die eine wie die andere Partei nicht proaktiv handelt, sondern reagiert.

Bei der SPD wurde dieser Eindruck noch verstärkt durch eine unablässige Kette kleinerer und größerer Demütigungen seitens des christdemokratischen Koalitionspartners, der im Wahlkampf u.a. mitteilte, der SPD das Bildungsressort nach der Wahl zu entziehen zu wollen, da in den Lehrerzimmern eine Stimmung wie unter Margot Honecker herrschen würde.

Dem Gestaltungsinteresse von SPD und Grünen wurde diese Wahrnehmung als Schachfiguren der Union nicht gerecht – beide Parteien hatten programmatisch durchaus deutlich mehr Schnittmengen gegenüber einem rot-grün-roten Bündnis. Der Ausweg aus diesem Dilemma

hätte dennoch vermutlich nur in klarer Positionierung für eins der möglichen Koalitionsmodelle bestanden. Dann hätten beide Parteien für dieses Bündnis einen Gestaltungsanspruch formulieren und nach außen ihre politische Funktion beweisen können.

Die CDU ging angeschlagen in den Wahlkampf. Geschwächt durch eine Vielzahl von kleineren und größeren Skandalen, Personalwechseln in der Staatskanzlei und einer Amtsinhaberin, die im Wahlkampf gegenüber der BILD-Zeitung feststellte, dass sie keineswegs Ministerpräsidentin bleiben, sondern sich auch ein Leben außerhalb der Politik vorstellen könnte.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mike Mohring, der den Wahlkampf medial fast so intensiv bestimmte wie die Ministerpräsidentin inszenierte sich als Stichwortgeber und trieb auf diese Weise Frau Lieberknecht mehr als einmal vor sich her. Zuletzt nach der Sachsen-Wahl mit einem Doppelinterview in der BILD-Zeitung mit der sächsischen AfD-Spitzenkandidatin Frauke Petry. Im Hintergrund ein Hotel-Doppelbett – die politische Hochzeitsbotschaft war unverkennbar.

Die FDP setzte wie in Sachsen nur auf ein Thema: ihr parlamentarisches Überleben. Ironisch wollte sie sein mit dem Kampagnenmotto: »Wir sind dann mal weg«. Mochte die Ironie auch angekommen sein bei den Wählerinnen und Wählern, das Stimmverhalten änderte sich nicht. Zu sehr entsprach die Wahlkampfaußsage der Stimmung gegenüber den Liberalen.

Die AfD war im Landtagswahlkampf öffentlich nur wenig präsent. Ihr Landesverband galt lange Zeit als notorisch politikunfähig und verschloß mehrere Landesvorstände hintereinander. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die Partei in Thüringen aus dem Stand 6,2% der Zweitstimmen (76.013 Stimmen) auf sich vereinigen. Bei absinkender absoluter Stimmzahl gegenüber der Bundestagswahl steigerte sie sich bei der Europawahl 2014 in Thüringen auf 7,4% (67.950 Stimmen).

Bei der Kreistags- bzw. Stadtratswahl trat die Partei hingegen nur in Erfurt (2 Mandate) und dem Weimarer Land (2 Mandate) an und erzielte auf Gemeindeebene ein Mandat in Crossen an der Elster 13,6% (1). Sie verfügt als Partei bislang über keine nachhaltige kommunale Verankerung

Die NPD verzichtete weitgehend auf öffentliche Auftritte. Ihr Spitzenkandidat wurde zudem in den letzten Tagen vor der Wahl mit länger zurückliegenden Polizeiakten konfrontiert, in denen er sowohl der sexuellen Belästigung einer Minderjährigen sowie regelmäßiger Gewaltanwendung gegenüber seinen Familienmitgliedern beschuldigt wurde, die nur deshalb nicht gerichtlich aktenkundig geworden waren, weil er in der Vergangenheit bereits wegen anderer Delikte verurteilt worden war.

4. Ergebnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Seitens Infratest-dimap wurden im Vorfeld der Landtagswahl drei Ausgaben des Sachsen-TREND veröffentlicht, dessen Ergebnisse sowie die Erkenntnisse des vom gleichen Instituts veröffentlichten Wahlreports zur Landtagswahl 2009 der nachfolgenden Darstellung zugrunde gelegt sind. Hinzugezogen werden zudem die Ergebnisse von Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

4.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung

Konnte die sächsische Landesregierung mit Werten zwischen 59% bis 63% im Wahljahr auf einen hohen Zustimmungswert blicken, bewerteten die Thüringer/-innen ihre Landesregierung deutlich skeptischer (vgl. Tab. 6)

Tabelle 6: Zufriedenheit mit der Landesregierung

	sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zufrieden
09/2014	48		48	
05/2014	46		50	
03/2014	1	46	40	10
08/2013	1	51	35	7
06/2013	2	51	38	5
05/2012	1	38	42	14
LTW 2009	40		58	
LTW 2004	41		56	

Quelle: ThüringenTREND, Wahlreport Thüringen 2009 / Eigene Darstellung

Verglichen mit den Zustimmungswerten der vorangegangenen beiden Landtagswahlen stellen diese Ergebnisse freilich bereits eine Konsolidierung dar. Angenommen werden kann, dass die in Thüringen wie im Bundesgebiet insgesamt seit geraumer Zeit messbar höhere Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation allgemein und auch der individuellen wirtschaftlichen Lage, zu dem positiveren Bild der Landesregierung beigetragen haben dürfte.

Tabelle 7: Persönliche wirtschaftliche Situation der Wähler/-innen

Gut (in %)	Wähler/-innen der...	Schlecht (in %)
86	...CDU	12
85	...FDP	15
83	...Grüne	16
81	...SPD	16
79	...AfD	21
76	...LINKE	23
60	...NPD	38

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aktuellethemen.shtml> / Eigene Darstellung

Am Wahltag fragte Infratest dimap nach der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation und erhielt von den Parteiwähler/-innen die nachstehenden Antworten. Der Anteil derjenigen, die ihre eigene Lage als »gut« einschätzten lag für alle Parteien deutlich über den negativen Werten. Keine Erkenntnisse liegen darüber vor, ob diejenigen, die sich als »Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung« sehen, stärker zur Wahlenthaltung neigten also nicht erfasst wurden.

Tabelle 8: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Parteien

Anhänger/-innen von...	September 2014	
	sehr zufrieden / zufrieden	weniger zufrieden / gar nicht zufrieden
...CDU	84	14
...SPD	55	43
...Grüne	51	49
...LINKE	28	72
...AfD	15	85

Quelle: ThüringenTREND / Eigene Darstellung

Natürgemäß war die Zufriedenheit mit der Landesregierung bei den Anhänger/-innen der CDU mit knapp 85% am stärksten ausgeprägt. Doch auch bei den Anhänger/-innen von SPD und Grünen überwog die Zufriedenheit mit der Landesregierung gegenüber der kritischen Bewertung ihrer Arbeit.

Bei den Anhänger/-innen von Linkspartei und AfD dominierte hingegen die Unzufriedenheit.

In der Bewertung der beiden Koalitionspartner lag die CDU mit 43% Zufriedenheit vor der SPD, deren Arbeit mit immerhin 38% Zustimmung bewertet wurde. Die Thüringer SPD wurde damit deutlich besser bewertet als die FDP in Sachsen, deren Abstand zum Koalitionspartner CDU fast 40% betrug oder die Linkspartei in Brandenburg, die rund 22 Prozentpunkte schlechter bewertet als die mit ihr regierende SPD.

Während im Hinblick auf die SPD laut Infratest-dimap konstatiert wurde, dass es ihr in Thüringen an überzeugendem Führungspersonal fehlen würde (68%), thematisierten die Wahlberechtigten auch die diversen Skandale der Thüringer Landesregierung, die insbesondere mit der CDU in Verbindung gebracht wurden. Laut Infratest dimap vertraten 71% der vom Institut Befragten die Meinung, dass „Lieberknecht durch die Skandale an Glaubwürdigkeit verloren habe“ und 55% die Auffassung die Partei habe „wegen der Skandale einen Denkzettel verdient“.

Die Forschungsgruppe Wahlen fragte danach, welche Partei am stärksten in Skandale, Affären und Filz verwickelt sei. Die CDU lag bei dieser Frage mit 39% unangefochten an der Spitze, während SPD (6%), Linke (3%) und Sonstige (8%) weit dahinter lagen. Immerhin 10% meinten, dass zwischen den Parteien diesbezüglich kein Unterschied bestünde.

4.2. Politikerzufriedenheit und Parteizufriedenheit

Vorausgesetzt, eine Direktwahl des Ministerpräsidenten wäre möglich, hätten sich laut Infratest-dimap 44% der Befragten für die Amtsinhaberin Lieberknecht entschieden, während 40% den Herausforderer Ramelow präferierten. Bei der Forschungsgruppe Wahlen lag der Abstand etwas weiter auseinander. Dort sprachen sich 49% für Lieberknecht und 39% für Ramelow aus. Zum Vergleich - die beiden Herausforderer von Linken und SPD in Sachsen erreichten zusammen einen Anteil von 20%. Der Hinweis soll weniger die Schwäche der sächsischen Opposition betonen als vielmehr auf das angeschlagene Bild der Thüringer von ihrer Ministerpräsidentin.

Die Frage ob Bodo Ramelow ein guter Ministerpräsident wäre, beantworteten 41% der von Infratest dimap Befragten mit Ja, während 38% dies verneinten.

Gefragt nach der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der drei wichtigsten Spitzenkandidat/-innen rangierte Ramelow laut Infratest dimap mit 51% auf Platz 1, gefolgt von Heike Taubert (SPD) mit 48% und der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht auf Platz 3 (47%).

Tabelle 9: Profilvergleich Lieberknecht / Ramelow (Infratest dimap / FGW)

	C. Lieberknecht	B. Ramelow
Infratest dimap		
Ist sympathischer	41	39
Ist glaubwürdiger	37	38
Ist bürgernäher	36	38
Ist sozialer	26	53
Forschungsgruppe Wahlen		
Ist sympathischer	29	27
Ist glaubwürdiger	27	22
Hat mehr Sachverstand	20	19
Passt besser zu Thüringen	42	21

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-kandidat.shtml> / <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2014-09-14-LT-DE-TH.html> / Eigene Darstellung

Wohl erstmals seit 1990 dürfte ein linker Herausforderer eines CDU-Ministerpräsidenten im Profilvergleich die Nase vorn gehabt haben. Während Ramelow bei der Forschungsgruppe Wahlen in den Wertungen Sympathie und Sachverstand jeweils nur knapp hinter Lieberknecht liegt, hat er bei Infratest dimap sowohl in den Kategorien Glaubwürdigkeit, Bürgernähe aber vor allem sozialem Anspruch die Nase vorn.

Infratest dimap befragte zusätzlich am Wahltag die Wähler/-innen verschiedener Parteien, ob sie der Auffassung seien, dass Bodo Ramelow ein guter Ministerpräsident sei (vgl. Tab. 10).

Tabelle 10: Wäre Bodo Ramelow ein guter Ministerpräsident

Ja	Wähler/-innen der...	Nein
78	...LINKE	9
43	...Grüne	33
40	...SPD	41
21	...CDU	66

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aktuellethemen.shtml> / Eigene Darstellung

Dass die Wähler/-innen der Linkspartei zu mehr als drei Viertel dazu neigten, die Frage zu bejahen, überrascht nicht. Doch auch bei den Grünen Wähler/-innen herrschte mehrheitlich Zustimmung, während SPD-Wähler/-innen unschlüssig waren. Immerhin jeder zweite CDU-Wähler attestierte dem Linkspartei-Herausforderer, ein guter Ministerpräsident sein zu können.

Werden die Wahlberechtigten um eine Bewertung der Spitzenkandidaten auf einer Skala von +5 bis -5 gebeten, erhalten laut Forschungsgruppe Wahlen Lieberknecht +1,2 und Ramelow

+0,9, während Taubert mit einem Wert von 1,3 die Liste anführt. Wie stark die Zustimmung für Ramelow anstieg lässt sich im Vergleich zu 2009 ablesen. Damals erhielt Althaus (CDU) einen Wert von +0,5, Ramelow einen Wert von +0,2, während wiederum der SPD-Kandidat, Christoph Matschie, mit +0,9 vorn lag.

Gefragt nach der Bewertung der Parteien auf einer gleichen Skala, erhält die CDU mit +1,1 den besten Wert. Zum Vergleich: In Sachsen wurde die Partei mit +2,3 bewertet. Die Thüringer SPD erhält +0,9, in Sachsen +1,2. Während die DIE LINKE in Sachsen einen Wert von +0,1 erreicht, liegt sie mit Ramelow in Thüringen bei +0,7, die Grünen in beiden Ländern rangieren mit +0,3 und +0,2 ungefähr gleich auf. Am schlechtesten wird die NPD mit -4,0 bewertet (Sachsen: -3,7), während die AfD mit -1,4 ungefähr auf dem sächsischen Wert liegt (-1,3).

4.3. Wichtige Politikfelder und Parteikompetenzen

Im ThüringenTREND und am Wahltag erfragte Infratest dimap, wie auch bei den anderen Wahlen, die wichtigsten politischen Probleme in den Augen der Wählerinnen und Wähler.

Das Themenfeld Schule/Bildung/Ausbildung lag bei den Befragungen von Infratest dimap mit 25% an der Spitze, gefolgt von der Arbeitsmarktpolitik (20%), Wirtschaftspolitik (19%) sowie der Familienpolitik (17%). Die Sozialpolitik rangierte mit 15% auf dem letzten genannten Rang.

Bei der Forschungsgruppe Wahlen nannten 29% die Arbeitsplätze als wichtigstes Problem, gefolgt von Schule/Bildung (27%), Löhne/Kosten (15%), Verkehr (11%) und Familie (10%).

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung. Dabei haben die Parteien traditionell unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte.

Tabelle 11: Parteikompetenzen (Infratest dimap)

Kompetenzfeld	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	AfD	Keine Parte/ Weiß nicht
Die Wirtschaft in Thüringen voranbringen	52 (49)	7 (8)	18 (17)	3 (2)	2 (1)	1 (0)	15 (22)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	26 (22)	21 (20)	28 (29)	1 (1)	3 (2)	0 (1)	18 (23)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19 (14)	29 (32)	32 (31)	1 (1)	3 (2)	0 (1)	13 (17)
Die wichtigsten Probleme Thüringens lösen	36 (32)	15 (14)	19 (18)	1 (1)	2 (2)	1 (1)	23 (28)
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben, die Thüringen betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.							

Quelle: ThüringenTREND Juli 2014 / Angaben in Klammern: Ergebnis Mai 2014

Vergleicht man die Werte, die in Brandenburg und Sachsen von der jeweils stärksten Regierungspartei erreicht wurden, ist die Schwäche der Thüringer Union in den Themenfeldern soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik frappierend. Während sie im Feld der Wirtschaftspolitik noch die Hälfte der Befragten überzeugen kann, ist gerade mal ein Drittel der Befragten der Auffassung, dass die CDU die wichtigsten Probleme im Land lösen könne.

Dass mit der AfD wiederum eine Partei, die faktisch keinerlei Kompetenzwerte hat, mit über 10% in den Landtag einzieht, wirft ein Licht auf die Wahrnehmung der Partei und insbesondere auf die ihr aktuell zugeschriebene Funktion im Parteienwettbewerb.

Tabelle 12: Parteikompetenzen (Forschungsgruppe Wahlen)

Kompetenzfeld	CDU	LINKE	SPD
Arbeitsplätze	38	12	10
Schule / Bildung	22	24	19
Wirtschaft	41	10	9
Verkehr	33	6	10
Familie	21	26	21
Soziale Gerechtigkeit	20	36	19

Quelle: <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2014-09-14-LT-DE-TH.html> / Eigene Darstellung

Die Daten der Forschungsgruppe Wahlen weichen von Infratest dimap ab zeigen jedoch auch hier, dass die CDU allein in den harten Themen (Arbeit, Wirtschaft, Verkehr) reüssieren kann.

Werden die Wahltagsbefragungen von Infratest dimap zugrunde gelegt, hat die Linkspartei ihre Kompetenzen in den Feldern Soziale Gerechtigkeit 34% (+4), Familienpolitik 30% (+3), Integration/Ausländerpolitik (25 (+10), Bildungspolitik 24% (-1) und Arbeitsmarkt 15% (+5) überwiegend ausbauen können und liegt in den Augen der Wähler/-innen bei sozialer Gerechtigkeit und Familienpolitik vor der SPD, während diese bei Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik vor der LINKEN liegt.

Die Grünen führen weiterhin vor allem in der Bildungspolitik (49%), müssen dort jedoch ebenso Verluste gegenüber 2009 in der Kompetenzzuschreibung vergegenwärtigen (-5), wie in der Integrationspolitik (7/-3), Familienpolitik (4/-1), Bildungspolitik 3 (-2).

Neben den wahlentscheidenden Themen und den Kompetenzzuschreibungen ist es von Interesse nach dem Motiv derjenigen zu fragen, die tatsächlich zur Wahl gehen (vgl. Tab. 13).

Tabelle 13: Wahlentscheidung erfolgte aus...

...Überzeugung	Wähler/-innen der...	...Enttäuschung
72	CDU	21
64	Grüne	30
61	SPD	31
56	LINKE	38
37	AfD	57

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aktuellethemen.shtml> / Eigene Darstellung

Rund drei Viertel der Unionswähler/-innen, aber auch näherungsweise zwei Drittel der rot-grünen Wähler/-innen wählen aus Überzeugung, während DIE LINKE zu rund 55% aus Überzeugung und zu mehr als einem Drittel aus Enttäuschung gewählt wird. Bei der AfD verhält es sich fast genau umgekehrt proportional zur Linkspartei.

4.4. Wahlbefragungen zur CDU

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die diversen Skandale der Thüringer Landesregierung, insbesondere mit der CDU in Verbindung gebracht wurden. Laut Infratest dimap vertraten 71% der vom Institut Befragten die Meinung, dass „Lieberknecht durch die Skandale an Glaubwürdigkeit verloren habe“ und 55% die Auffassung die Partei habe „wegen der Skandale einen Denkkzettel verdient“.

Tabelle 14: Ansichten der Wähler/-innen über die CDU

Lieberknecht hat durch die Skandale an Glaubwürdigkeit verloren	71
Merkel hat dafür gesorgt, dass es Deutschland trotz der Krise gut geht	66
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	64
Sollte die AfD nicht ausgrenzen, sondern normal mit ihr sprechen	63
Hat wegen der Skandale einen Denkkzettel verdient	55
CDU hat zu viele ihrer konservativen Positionen aufgegeben	38

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Die Forschungsgruppe Wahlen fragte danach, welche Partei am stärksten in Skandale, Affären und Filz verwickelt sei. Die CDU lag bei dieser Frage mit 39% unangefochten an der Spitze.

Während zwei Drittel aller Befragten mit der CDU eine als erfolgreich wahrgenommene Krisenpolitik der Kanzlerin assoziieren, sind von den CDU-Wähler/-innen 96% dieser Auffassung. So überrascht es nicht, dass 42% der CDU-Wähler/-innen gegenüber Infratest dimap angeben, dass sie ohne Merkel wahrscheinlich nicht CDU wählen würden.

Von den CDU-Wähler/-innen waren 69% der Auffassung, dass die CDU das Bündnis mit der SPD fortsetzen sollte, während 13% für schwarz-grün und 11% für ein Bündnis mit der AfD nach der Wahl plädierten.

4.5. Wahlbefragungen zur SPD

Obwohl immer noch mehr als die Hälfte der Befragten mit den Hartz-Gesetzen (Agenda 2010) hadert, wird der Einsatz der SPD für den Mindestlohn honoriert. Dennoch meinen nur 32% der Mehr als zwei Drittel wollen die SPD weiterhin in der Regierung sehen.

Mit wem die SPD eine solche Regierung bilden sollte, ist freilich aus nicht ganz klar. Im September 2014 meinten 63% der von Infratest dimap befragten SPD-Anhänger/-innen, dass ein rot-rotes Bündnis zu befürworten sei, 54% meinten, dass rot-grün-rot eine gute Regierung für Thüringen sei. Die Fortsetzung von schwarz-rot fanden 60% gut für Thüringen.

Tabelle 15: Ansichten der Wähler/-innen über die SPD

Fände es gut, wenn sie weiterhin an der Regierung beteiligt wäre	76
Ihr fehlt in Thüringen überzeugendes Führungspersonal	68
Ist mit dem Mindestlohn wieder glaubwürdiger geworden	64
Hat mit Hartz IV ihre Prinzipien aufgegeben	57
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	32

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Während am Wahltag jeweils 35% der Wähler/-innen meinten, dass die Partei mit der CDU bzw. mit der Linken in ein Bündnis eintreten sollte, waren 56% der SPD-Wähler/-innen einem Bündnis mit der CDU gegenüber aufgeschlossener, als einem Bündnis mit der Linkspartei (35%).

Die hauptsächliche Schwäche der SPD liegt nach Meinung der Thüringer/-innen darin, dass es ihr an überzeugendem Führungspersonal fehlen würde.

4.6. Wahlbefragungen zur Linkspartei

Dass DIE LINKE zwar keine Probleme löse, die Dinge jedoch beim Namen nenne, ist seit vielen Wahlen eine stets am meisten geäußerte Ansicht. Vor fünf Jahren formulierten wir: *„Wir gingen bisher davon aus, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei, dass der LINKEN auch nicht zugetraut werde, diese zu lösen. Angesichts der Thüringer Ergebnisse könnte auch interpretiert werden, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung – noch löst sie die Probleme nicht – handelt.“* (Wahlbericht 2009: 16)

Ein Vergleich zwischen den Ergebnissen in Thüringen (83%) und Brandenburg (84%) aus diesem Jahr zeigt, dass selbst dort, wo DIE LINKE regiert, das in der zitierten Aussage enthaltene Image vom konkreten politischen Handeln nicht zwangsläufig berührt wird.

Tabelle 16: Ansichten der Wähler/-innen über die Linkspartei

Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	83
Der Linken fehlt neben Bodo Ramelow überzeugendes Personal	64
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	63
Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland	61
Finde ihr Verständnis für russische Positionen in der Ukraine-Krise gut	55
Es ist Zeit, dass die Linke einen Ministerpräsidenten stellt	49
Bodo Ramelow hat das Format, ein Land wie Thüringen zu führen	40
Wenn die Linke regiert, ist der Wohlstand in Thüringen in Gefahr	35

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Während 2009 noch 55% der Befragten meinten, die Linkspartei solle mitregieren, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen, ist diese Debatte obsolet. Rund 49% sind der Auffassung, dass es nun endlich Zeit sei, dass DIE LINKE einen Ministerpräsidenten stellt und 40% sahen in Bodo Ramelow das Format, ein Land wie Thüringen zu führen.

Kritisch und auch zutreffend bemerkten die Wähler/-innen, dass es der Thüringer Linken an überzeugendem Personal neben dem möglichen kommenden Ministerpräsidenten fehlen würde.

Die hohen Kompetenzwerte der Partei beim Themenfeld soziale Gerechtigkeit spiegeln sich darin wieder, dass der Partei von 63% der Wähler/-innen attestiert wird, sich am stärksten um sozialen Ausgleich zu bemühen. Diesem Anspruch und der darin geäußerten Erwartung auch in einer Linksregierung adäquat Rechnung zu tragen, dürfte zu einer wesentlichen Herausforderung für die Partei und ihren Ministerpräsidenten werden.

4.7. Wahlbefragungen zur AfD

Ist die AfD eine Protestpartei im eigentlichen Sinne? Die Zustimmung von 61% der Wähler/-innen zur Aussage, dass es anderen Parteien recht geschehe, dass die AfD die Politik aufmischt, spricht dafür, ebenso, dass 97% der AfD-Wähler/-innen dieser Auffassung sind.

Tabelle 17: Ansichten der Wähler/-innen über die AfD

Es geschieht anderen Parteien recht, dass die AfD die Politik aufmischt	61
Spricht viele gute Dinge an, die es in der DDR gab	43
Fände es gut, wenn sie im Landtag vertreten wäre	42
Alternative für alle, die sich bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen	36
Vertritt Positionen, die mir auch wichtig sind	36

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen meinten 66% der befragten Wähler/-innen, dass die AfD als Denkzettel gewählt würde, nur 23% wegen ihrer Inhalte. Diese Wahrnehmung unterscheidet sich diametral von der Meinung der AfD-Wähler/-innen, die zu 73% wegen Inhalten diese Partei wählen und nur zu rund einem Viertel den Denkzettel als Wahlmotiv nennen.

Tabelle 18: Ansichten der AfD-Wähler/-innen über ihre Partei

Vertritt Positionen, die mir auch wichtig sind	100
Es geschieht anderen Parteien recht, dass die AfD die Politik aufmischt	97
Alternative für alle, die sich bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen	93
Gut, dass sie sich stärker als andere gegen Zuwanderung einsetzt	87
Spricht viele gute Dinge an, die es in der DDR gab	82

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aussagen.shtml>

Infratest dimap ermittelte darüber hinaus noch Meinungen der AfD-Wähler/-innen in Brandenburg und Thüringen zur Europäischen Union. Diese Daten sind durchaus aufschlussreich, da sie die weiterhin in der AfD-Wähler/-innenschaft erheblich stärker als bei den Nicht-AfD-Wähler/-innen verbreitete EU-Skepsis unterstreicht. In Thüringen weichen die Angaben darüber, ob es Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft wirtschaftlich besser gehe und die EU für Sicherheit Sorge im Verhältnis 2/3-Zustimmung aller Wähler/-innen bei nur 1/3-Zustimmung der AfD-Wähler/-innen ab.

Eine detailliertere Auswertung dieser Zahlen, u.a. im Vergleich mit den Erkenntnissen der Bundestags- und Europawahl muss einer späteren Betrachtung vorbehalten bleiben.

Tabelle 19: Ansichten der AfD-Wähler/-innen in BB und TH über die Europäische Union

BB	Wähler/-innen der...	Thüringen
51	Dank der EU-Mitgliedschaft geht es uns wirtschaftlich gut	33
38	Durch die EU leben wir sicherer	35
94	Die Deutschen wird die Krise mehr Geld kosten als erwartet	92
63	Lieber sollten wir die DM wieder einführen, als um den Euro zu kämpfen	45
	Bei der EU-Mitgliedschaft Deutschlands überwiegen...	
13	...die Vorteile	31
47	...die Nachteile	19
k.A.	...hält sich die Waage	47

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-aktuellethemen.shtml> / Eigene Darstellung

Die der AfD von den Wähler/-innen Thüringens zugeschriebenen inhaltlichen Kompetenzen lagen bei jeweils 3% für die Themen Soziale Gerechtigkeit und Integrations- bzw. Ausländerpolitik sowie jeweils 2% bei der Bildungs- bzw. der Familienpolitik.

Die AfD-Wähler/-innen selbst sahen zu 42% im Feld der sozialen Gerechtigkeit, zu 32% in der Kriminalitätsbekämpfung und zu 26% in der Ausländerpolitik. Auf dem vierten Rang folgte mit 25% die Familien- und 22% die Finanzpolitik.

Dass die AfD keine Probleme löse, die Dinge aber beim Namen nenne, betonten 57% der befragten Wähler/-innen gegenüber Infratest-dimap in Thüringen, während dieser Wert in Brandenburg 60% und in Sachsen 54%.

4.7. Wähler/-innenwanderungsbilanz

Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen.

Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung.

Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder. Die Tabelle ist wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wähler/-innen austauschen. Wo CDU-Zeile und CDU-Spalte aufeinander treffen, ist demzufolge keine Zahl vermerkt. Die CDU gibt aber an DIE LINKE 3.0 Wähler/-innen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der Linke-Zeile sind diese 3.000 Stimmen wiederum positiv saldiert.

Tabelle 20: Wähler/-innenwanderung bei der LTW Thüringen 2014

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	AfD	Nichtw.	Andere
CDU	-	-3.000	4.000	13.000	0	-18.000	5.000	0
LINKE	3.000	-	27.000	4.000	4.000	-16.000	-11.000	-3.000
SPD	-4.000	-27.000	-	1.000	-5.000	-12.000	-12.000	-1.000
FDP	-13.000	-4.000	-1.000	-	0	-11.000	-18.000	-1.000
Grüne	0	-4000	5.000	0	-	-1.000	-4.000	-3.000
AfD	18.000	16.000	12.000	11.000	1.000	-	12.000	23.000
Nichtw.	-5.000	11.000	12.000	18.000	4.000	-12.000	-	6.000
Andere	0	3.000	1.000	1.000	3.000	-23.000	6.000	-

Quelle: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml> / Eigene Darstellung

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sie keine Auskunft über die den Zeitpunkt und die Gründe der Wanderung von der einen Partei zur anderen geben.

So kann die Bewegung zur AfD bereits bei der Bundestagswahl oder der Europawahl erfolgt sein, unter den AfD-Wähler/-innen können sich also viele befinden, die zum zweiten oder dritten Mal die AfD gewählt haben und nicht erst in den letzten Wochen von der CDU, der Linken oder einer anderen Partei abgewandert sind.

Die Wanderungssalden zeigen mehrere besonders bemerkenswerte Aspekte:

1. die SPD verliert 27.000 Stimmen an DIE LINKE. Dies dürfte ungefähr derjenige Teil der SPD-Wähler/-innen sein, die aus Unsicherheit, ob ihre Stimme für die SPD tatsächlich einen Politikwechsel herbeiführt, für die sichere Alternative Bodo Ramelow stimmten – gleiches gilt analog für die 4.000 grünen Stimmen, die an DIE LINKE gingen;
2. die CDU und die Linke haben ein »Problem« mit der AfD und der Mobilisierung der eigenen Wähler_innen;

3. die Wählerschaft der FDP splittert auf in Richtung CDU, in Richtung AfD/nationalliberales Lager und in Richtung, gutwillig interpretiert, in Richtung eines vermeintlichen sozialliberalen Lagers sowie in Wahlenthalter;
4. die AfD sammelt bei allen Parteien Stimmen ein, am meisten bei den Anhängern von Kleinparteien, die vermutlich die Chance sehen, mit ihrer Stimmer eine Partei in den Landtag zu wählen, dann bei der CDU, am wenigsten Zulauf erhält sie von SPD und Grünen.

4.8. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.

Tabelle 21: Wer wählte was bei der LTW Thüringen 2014

	CDU	LINKE	SPD	GRÜNE	FDP	AfD
Wahlentscheidung nach Geschlecht						
Frauen	35	28	13	7	2	9
Männer	32	28	11	5	2	13
Infratest dimap						
Frauen	36	28	13	6	2	9
Männer	32	28	11	5	3	13
FGW						
Wahlentscheidung nach Alter						
Erstwähler	22	20	11	8	3	13
18-24 Jahre	23	19	10	9	k.A.	14
25-34 Jahre	28	20	9	9	k.A.	15
35-44 Jahre	34	21	9	9	k.A.	13
45-59 Jahre	34	28	12	6	k.A.	12
60-69 Jahre	33	34	14	4	k.A.	9
70 und älter	39	34	17	2	2	5
Infratest dimap						
Unter 30 Jahre	28	19	9	8	2	16
30-44 Jahre	33	20	10	9	3	13
45-59 Jahre	34	28	11	6	2	12
Über 60 Jahre	34	36	15	3	2	7
FGW						
Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad						
Arbeiter	28	27	12	3	2	16
Angestellte	35	24	11	7	k.A.	11
Selbständige	44	14	4	9	k.A.	13
Rentner	33	36	16	3	k.A.	7
Arbeitslose	13	41	13	6	3	10
Infratest dimap						
Arbeiter	32	30	13	3	1	12
Angestellte	33	30	13	7	2	9
Beamte	38	22	12	10	4	10
Selbständige	39	22	7	7	5	14
Hauptschule	36	31	14	2	2	8
Realschule	32	27	12	4	3	13
Abitur	30	28	12	8	3	11
Hochschule	34	28	11	10	4	8
FGW						
Wahlentscheidung nach Merkmal Spätentscheider						
Spätentscheider	34	23	13	7	3	11
Infratest dimap						

Anhang: Linksparteiergebnisse nach Wahlkreisen im Vergleich

Tabelle 22: Ergebnisse der Linkspartei bei der LTW 2014 im Vergleich zu 2009

Wahlkreisnr.	Wahlkreis	Wahlbeteiligung		Wahlkreisstimmen				Landesstimmen			
		2014	2009	2009		2014		2009		2014	
				absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
000	Land Thüringen	52,7	56,2	290832	27,7	275020	29,4	288915	27,4	265425	28,2
001	Eichsfeld I	55,7	65,6	3291	12,2	2726	12,5	3665	13,6	3052	13,9
002	Eichsfeld II	54,0	60,0	3588	13,2	3832	16,4	4122	15,1	3911	16,7
003	Nordhausen I	50,9	56,1	6203	27,7	5802	31,3	6403	28,5	5829	31,3
004	Nordhausen II	45,6	52,3	5555	30,1	5192	32,9	5616	30,4	5524	34,9
005	Wartburgkreis I	49,4	54,1	6458	23,9	6141	26,3	6915	25,5	5798	24,6
006	Wartburgkreis II / Eisenach	52,6	55,6	7762	28,4	8292	33,6	7564	27,5	7422	29,9
007	Wartburgkreis III	53,7	56,3	6333	24,1	6874	29,2	6953	26,4	6548	27,7
008	Unstrut-Hainich-Kreis I	49,1	55,7	5973	23,5	5057	23,4	6265	24,6	5286	24,4
009	Unstrut-Hainich-Kreis II	50,8	55,3	6277	25,4	6845	32,0	6498	26,2	6003	27,8
010	Kyffhäuserkreis I	51,8	54,5	5871	31,6	5212	31,9	5667	30,3	5000	30,3
011	Kyffhäuserkreis II	48,8	51,9	6397	34,6	4985	30,9	5928	31,7	5068	31,1
012	Schmalkalden-Meiningen I	56,6	53,3	7243	25,9	6523	24,6	7991	28,5	6879	25,8
013	Schmalkalden-Meiningen II	52,2	54,8	7238	27,6	5947	26,5	7136	27,1	5860	26,0
014	Gotha I	52,8	57,0	5181	21,4	5560	26,4	5721	23,6	5432	25,5
015	Gotha II	48,6	53,7	5024	22,7	4637	24,1	5810	26,2	5451	28,1
016	Sömmerda I / Gotha III	55,7	59,8	6056	22,3	6821	28,6	6330	23,2	6094	25,3
017	Sömmerda II	51,2	55,5	7634	28,4	6044	25,6	7428	27,6	6560	27,8
018	Hildburghausen I	50,5	52,4	6899	35,1	6123	30,3	6393	32,4	5589	27,6
019	Sonneberg I	46,6	52,4	6378	34,2	4787	30,7	6278	33,3	4714	29,9
020	Hildburghausen II / Sonneberg II	50,4	53,9	6756	34,9	5288	31,3	6300	32,3	5096	29,9
021	Suhl / Schmalkalden-Meiningen III	51,7	55,3	9760	39,4	8678	40,7	9040	36,4	7654	35,7
022	Ilm-Kreis I	55,1	58,3	10571	40,0	8604	36,4	8081	30,6	7421	31,1
023	Ilm-Kreis II	55,4	57,6	6914	24,8	8138	31,9	7327	26,3	7441	28,9
024	Erfurt I	51,0	55,5	5519	30,2	5909	36,8	5701	31,1	5556	34,2
025	Erfurt II	54,8	57,8	7936	28,8	8204	31,0	7742	28,0	8139	30,4
026	Erfurt III	57,4	59,3	7395	26,8	8616	31,5	6631	23,9	7126	25,8
027	Erfurt IV	54,6	59,2	7146	32,9	7214	37,1	7022	32,2	7003	35,7
028	Saalfeld-Rudolstadt I	51,2	56,2	7401	30,4	6289	31,2	7318	30,0	6187	30,1
029	Saalfeld-Rudolstadt II	49,4	53,7	7410	28,2	6365	28,7	7561	28,6	6393	28,4
030	Weimarer Land I / Saalfeld-Rudolstadt III	59,8	61,0	6297	25,0	6684	28,6	6207	24,6	6073	25,6

Fortsetzung Tabelle 22: Ergebnisse der Linkspartei bei der LTW 2014 im Vergleich zu 2009

Wahlkreisnr.	Wahlkreis	Wahlbeteiligung		Wahlkreisstimmen				Landesstimmen			
		2014	2009	2009		2014		2009		2014	
				absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
000	Land Thüringen	52,7	56,2	290832	27,7	275020	29,4	288915	27,4	265425	28,2
031	Weimarer Land II	54,7	55,6	4191	20,4	4250	19,8	4711	22,9	5056	23,5
032	Weimar	55,4	58,9	8466	28,4	7104	28,3	7520	25,1	7036	27,9
033	Saale-Orla-Kreis I	56,4	57,6	5843	26,6	6345	31,8	6238	28,3	5778	28,6
034	Saale-Orla-Kreis II	53,3	56,6	6123	30,1	5740	31,9	6087	29,6	5355	29,4
035	Saale-Holzland-Kreis I	59,2	61,0	5744	26,6	5993	30,0	6020	27,8	5736	28,5
036	Saale-Holzland-Kreis II	55,7	57,5	6107	28,5	5401	27,4	6165	28,6	5458	27,5
037	Jena I	57,3	59,9	7076	24,0	8329	29,7	7343	24,9	8251	29,3
038	Jena II	56,0	58,0	5740	28,9	6464	34,3	5497	27,6	6007	31,6
039	Greiz I	54,5	57,2	7823	27,2	7235	29,9	7839	27,1	6431	26,4
040	Greiz II	55,8	56,9	5520	22,9	5135	22,2	5958	24,6	5769	24,9
041	Gera I	48,5	53,7	8648	36,2	7048	34,5	8435	35,3	7052	34,4
042	Gera II	46,3	52,2	8118	39,6	7106	41,2	7661	37,2	6450	36,9
043	Altenburger Land I	49,1	53,3	7394	31,7	5519	27,9	6460	27,4	5533	27,8
044	Altenburger Land II	44,8	48,5	5573	28,2	5962	34,7	5368	27,0	5404	31,2

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de) als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Die Autor/-innen geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Wahlnachtberichte sind abrufbar unter:

<http://rosalux»Wahlnachtberichte«/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

Der Autor dieses Berichts:

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, Fellow am SCSC der University of Sussex und Geschäftsführer des Strategieberatungsunternehmens MehrWertConsult.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 14./15.09.2014 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *